

„WIR STÄRKEN STÄDTE UND GEMEINDEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG“

Für eine lebendige Bürgergesellschaft

1. Arbeit hat Vorrang

Unser Land Baden-Württemberg ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas. Unsere Städte und Gemeinden haben bundesweit (mit Ausnahme des Sonderfalls der neuen Länder) die geringste Verschuldung je Einwohner und liegen bei der Beschäftigung und am Arbeitsmarkt an der Spitze. Warum? - Weil wir ein unternehmensfreundliches Klima für Mittelstand, Handwerk und Existenzgründungen schaffen, weil wir Technik und Innovationen bejahen, weil unsere Politik den Mut hat, sich zu einer klaren Priorität zu bekennen: Arbeit hat Vorrang.

Wir wollen mit wirtschaftlich starken Städten und Gemeinden ins 21. Jahrhundert starten. Wir bauen dabei insbesondere auf die Dynamik, Breite und Vielfalt unseres Mittelstandes.

Dazu gehört entscheidend, daß wir den Sachverstand und die Erfahrungen von Frauen und Männern aus der wirtschaftlichen Praxis - als Selbständige und als Arbeitnehmer – für die Kommunalpolitik gewinnen.

Zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung bedeutet Offenheit und Kommunikation. Sie bedeutet Service und nochmals Service. Kurze Wege, zentrale Ansprechpartner, transparente und rasche Abläufe: Die Rathäuser sind nicht Aufseher, sondern Partner der Wirtschaft.

Zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung bedeutet ebenso intensive Bestandspflege wie nachhaltige Impulse für Neuansiedlungen und Existenzgründungen. Wir setzen dabei auf ein offensives Standortmarketing.

Wir setzen auf eine vorausschauende, langfristig angelegte Flächenpolitik zur Sicherung neuer Gewerbe- und Dienstleistungsgebiete. Der Bedarf hinsichtlich Lage, Preis und Infrastruktur ist vielfältig. Dem muß auch das Angebot entsprechen. Wir setzen dabei auch auf interkommunale Gewerbegebiete. Wir setzen auf eine Politik in den Städten und Gemeinden unseres Landes, die durch regelmäßige Gesprächsrunden mit der Wirtschaft und mit den Einrichtungen von Bildung, Wissenschaft und Forschung die Kräfte bündelt und ein kreatives Innovationsklima schafft. Städte und Gemeinden fordern wir auf, entsprechend ihren Stärken Schwerpunkte zu setzen und diese auszubauen.

Wir setzen auf konkrete Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen vor Ort, um in gemeinsamer Anstrengung mit den Arbeitsämtern, mit Kammern und Verbänden, mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, Langzeitarbeitslose und möglichst alle jugendliche Arbeitslose in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen. Deshalb wollen wir auch die Möglichkeiten des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ konsequent ausschöpfen.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen soll u.a. zum Schutz des Mittelstands auch in Zukunft nur dann zulässig sein, wenn ein öffentlicher Zweck diese Betätigung rechtfertigt. Wir setzen uns für eine konsequente Privatisierung von nicht hoheitlichen Aufgaben ein, die von Städten und Kommunen wahrgenommen werden. Wir wollen aber den Gemeinden und Städten mehr Freiheit bei der Wahl der Rechtsformen für ihre Unternehmen und Einrichtungen geben.

Zu einer gesunden wirtschaftlichen Situation in unseren Städten und Gemeinden gehört eine stringente Haushaltskonsolidierung. Auch den nächsten Generationen muss genug finanzieller Spielraum für Investitionen zur Verfügung stehen. Die Lastenverteilung zwischen Bund, Länder, Kommunen und Kommunen untereinander muß gerecht sein. Wir lehnen die von der Bundesregierung als Einsparung kaschierten Kostenabwälzungen auf Länder und Kommunen zu Lasten der Haushalte der unteren Ebenen ab. Wir begrüßen deshalb die verfassungsrechtliche Verankerung des Mehrwertsteueranteils für die Kommunen und die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs in Baden-Württemberg.

2. Wir wollen unsere Städte familienfreundlich gestalten

Die Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Eine engagierte Politik für die Familien ist ein wichtiger politischer Schwerpunkt der CDU. So ist Baden-Württemberg, eines der wenigen Länder, in denen Landeserziehungsgeld bezahlt wird. Mit dem Landesprogramm „Mutter und Kind“ helfen wir alleinerziehenden Müttern.

Familienpolitik ist nicht nur Aufgabe des Bundes und der Länder, sondern auch der Städte und Gemeinden.

Wir wollen Städte, in denen sich alle Generationen wohl fühlen können. Dazu gehört für uns:

Wir wollen kinderfreundliche Städte mit ausreichend Spielplätzen, sicheren Schulwegen und vorbildlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen konnte bei uns im Land bereits im vergangenen Jahr erreicht werden. Das novellierte Kindergartengesetz mit der Umstellung der Förderung auf die Zahl der Gruppen wird das Kindergartenwesen in Baden-Württemberg auf einem hohen Niveau erhalten. Wo konkret vor Ort Bedarf besteht, setzen wir uns auch für die Einrichtung von Kindertagesstätten ein.

Wir wollen elternfreundliche Städte gestalten. Dies schließt Grundschulen mit festen Betreuungszeiten ein, damit Mütter und Väter von Schulkindern zumindest halbtags berufstätig sein können.

Wir wollen familienfreundliche Städte gestalten, in denen sinnvolle Freizeitangebote für Familien vorgehalten werden. Wir setzen uns ein für bezahlbare familiengerechte Wohnungsangebote, insbesondere die Eigentumsbildung für junge Familien soll gefördert werden. Das Reihenhausprogramm des Landes leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Wir wollen jugendfreundliche Städte gestalten. Kirchen, Vereine und Verbände leisten Vorbildliches im Bereich der Jugendarbeit. Sie zu unterstützen ist unser Anliegen. Wir setzen uns besonders dafür ein, Angebote der offenen Jugendarbeit bereitzuhalten und Jugendliche zu unterstützen, wenn sie sich selbst organisieren.

Wir wollen seniorenfreundliche Städte gestalten. Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen Teil haben am gesellschaftlichen Leben. Wir setzen uns ein für vielfältige Angebote für Seniorinnen und Senioren. Wir wollen ein Miteinander und kein Gegeneinander der Generationen. Der reiche Erfahrungsschatz älterer Mitbürger muss in das gesamte Zusammenleben in den Städten und Gemeinden einbezogen und konkret genutzt werden.

3. Wir wollen in unserem Alltag sicher leben

Ohne innere Sicherheit gibt es keine Lebensqualität. Mit der geringsten Kriminalitätsrate und der zweithöchsten Aufklärungsquote nimmt Baden-Württemberg seit Jahren eine Spit-

zenposition im Ländervergleich ein. Nirgendwo in Deutschland lebt man sicherer als bei uns, nirgendwo ist die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, geringer.

Ein wichtiges Instrument für die künftige Sicherung unserer Häuser und Straßen ist die Kommunale Kriminalprävention. Schon jetzt beteiligen sich über 200 Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg an dem Programm. Sie haben Initiativen gegen Jugendkriminalität oder Vandalismus, Integrationsmaßnahmen für Ausländer und junge Spätaussiedler, Bürgeraktionen gegen Gewalt oder Drogenkonsum ins Leben gerufen. Wir fordern die Verantwortlichen in den Kommunen auf, sich dieser Initiative anzuschließen. Auf Grund der Erfahrungen ermuntern wir deshalb die Verantwortlichen hierzu.

Wir wenden uns gegen Entstehung oder Verfestigung offener Drogenszenen. Sie sind ein Nährboden für verschiedene Formen von Gewalt und Kriminalität.

Wir bejahen den Freiwilligen Polizeidienst. Gerade in der Kommunalen Kriminalitätsprävention gibt es für ihn neue Aufgabenfelder z.B. Streifen im Umfeld von Schulen, Kindergärten, Kinderspielplätzen.

Wir setzen uns dafür ein, daß die Städte und Gemeinden Hand in Hand mit Innenministerium, Polizei und Bevölkerung die Bekämpfung der Kriminalität angehen. Um Verwahrlosungstendenzen und öffentlicher Unordnung als Nährboden von Kriminalität bereits im Ansatz entgegenzuwirken, wurden bis heute in rund 30 Städten des Landes die Polizeiverordnungen entsprechend angepaßt. Für ein gezieltes Vorgehen gegen Störungen der öffentlichen Ordnung wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommune vereinbart.

Wir setzen auf eine breite Präsenzstrategie und auf Einsätze der Bereitschaftspolizei, die darauf abzielen die Polizei sichtbar, schnell und gezielt dort einzusetzen, wo der Bürger sie braucht. Nötig sind auch verstärkte Fahrrad- und Fußstreifen sowie zielgerichtete Einsätze der Bereitschaftspolizei an örtlichen Brennpunkten.

Wir setzen uns ein: für eine ausreichende Beleuchtung wichtiger Wege, für Sammeltaxis bei Nacht und für Frauenparkplätze.

4. Wir wollen gute Schulen und eine gute Ausbildung

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Damit sie ihre Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können, brauchen sie eine gute Bildung und Erziehung, die ihnen fachliche Kenntnisse ebenso wie grundlegende Werte des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft vermitteln .

Die CDU will keine anonymen „Lernbetriebe“. Wir setzen uns ein für ein Schulsystem, das den Kindern und Jugendlichen ein möglichst wohnnahes Lernen ermöglicht. Deshalb wollen wir auch kleine Grundschulen erhalten.

Am bewährten gegliederten Schulsystem aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit zahlreichen Möglichkeiten des Übergangs halten wir fest. Ideologisch bedingte Bildungsexperimente auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Familien lehnen wir ab. Wir sind gegen Gesamtschulen.

Wir wollen unser bestehendes Schulsystem mit neuen Ideen weiterentwickeln. Schule muß mehr sein als bloße Wissensvermittlung: ein Ort des Miteinanderlernens, aber auch des Miteinanderlebens. Deshalb unterstützen wir die Mitwirkung von Schülern und Eltern. Deshalb fördern wir die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen, besonders im Bereich des Sports. Deshalb befürworten wir die Gründung und die Arbeit von Fördervereinen für unsere Schulen. Deshalb plädieren wir dafür, Schulbauten so zu gestalten, daß sie über den reinen Unterricht hinaus auch für andere gemeinschaftliche Zwecke in der Gemeinde genutzt werden können. Schulische Einrichtungen sollen außerhalb der reinen Schulzeiten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Schule soll auf die Wirklichkeit des Lebens vorbereiten; entsprechend müssen die Lehrpläne gestaltet sein. Wir wollen ab dem Jahr 2001 in den Grundschulen mit der flächendeckenden Einführung von Fremdsprachenunterricht beginnen. Alle Schulen in Baden-Württemberg werden mit einer ausreichenden Anzahl multimediafähiger PC's ausgestattet. Wir wollen bei der Computerausstattung der Schulen Nr.1 in Deutschland werden. Schulträger und Sponsoren werden aufgefordert, mittelfristig in jedem Klassenzimmer einen PC zur Verfügung zu stellen. Schon in der ersten Klasse muss der verantwortliche Umgang mit dem Computer Gegenstand des Lehrplans sein, um allen Kindern gleiche Chancen für ihre berufliche Zukunft zu eröffnen.

Wir wollen das 8jährige Gymnasium bis zum Jahr 2002 flächendeckend einführen.

Gerade im Bereich der Ausstattung von Schulen bietet sich eine enge Zusammenarbeit von Schulen mit der örtlichen Wirtschaft an. Dazu gehört auch die Einbindung von externen Lehrbeauftragten aus den Unternehmen in die Unterrichtsgestaltung.

Unser Ziel ist es, allen Jugendlichen in Baden-Württemberg einen Ausbildungsplatz bieten zu können. Arbeitgeber und Kammern fordern wir auf, die erfolgreichen Anstrengungen zur Bereitstellung von Lehrstellen fortzusetzen. Am dualen System der Berufsausbildung halten wir fest. Die Zusammenarbeit von Berufsschulen, Arbeitsämtern, Unternehmen und Kommunen wollen wir zu örtlichen Initiativen für Ausbildung ausbauen.

Jugendberufshelfer sollen junge Menschen auf der Suche nach dem richtigen Arbeitsplatz unterstützen und ihnen in der ersten Phase der beruflichen Ausbildung zur Seite stehen.

Neue Berufsbilder müssen dem Wandel in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen.

Wir unterstützen die Arbeit der Volkshochschulen, der gemeinnütziger Stiftungen und der Weiterbildungseinrichtungen für Familien.

5. Wir wollen ein vielfältiges und hochwertiges Kultur- und Freizeitprogramm

Unsere Gemeinden und Städte müssen Orte sein, an denen sich die Menschen auch außerhalb ihres Arbeitslebens schöpferisch entfalten und ihren gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Neigungen nachgehen können. Die kulturellen und sportlichen Angebote dürfen nicht zunehmend passiv konsumiert und einer anonymen Freizeitindustrie überlassen werden. Wir treten deshalb dafür ein, daß ehrenamtliches Engagement in Verbänden, kulturellen Institutionen, Vereinen und in Initiativen von den Kommunen unterstützt und gefördert wird. Gerade diese Bereiche tragen zu einem menschlichen Miteinander und zu einem lebendigen Gemeinwesen in unseren Gemeinden und Städten bei.

Wir wollen, daß ein möglichst großes Spektrum kultureller und sportlicher Aktivitäten unsere Heimat prägen. Gerade auch unsere Gemeinden im ländlichen Raum haben ein attrakti-

ves Angebot. Wir unterstützen deshalb Vereine, Sportstätten, Kulturtreffs, Freizeitzentren, Museen, Galerien, Theater, Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen.

Einen wesentlichen gesellschaftlich-kulturellen Beitrag leisten in unseren Kommunen die Kirchengemeinden. Ohne Bevormundung wollen wir für deren wichtige Arbeit seitens der politischen Gemeinde Hilfestellungen anbieten.

Kulturelle und hochwertige Freizeitangebote werden zunehmend zu einem wichtigen Arbeitsmarkt- und Imagefaktor der Städte und Gemeinden sowie zu einem Faktor für Standortentscheidungen wirtschaftlicher Unternehmen. Neben der kommunalen Kulturförderung treten wir deshalb für eine verstärkte Partnerschaft von Kommunen und Wirtschaft in Fragen des Kultursponsorings ein.

Das gegenwärtige kulturelle Leben in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs gründet sich auf ein reiches Kulturerbe und ein vielfältiges Spektrum an Kulturdenkmälern. Wir unterstützen deshalb Initiativen zum Erhalt historischer Gebäude. Ein wichtiges Instrument sind die aus Landesmitteln geförderten Programme des Denkmalschutzes und der Stadtsanierung. Auch unsere Kinder sollen noch in historischen Kernstädten und –gemeinden leben können, die unsere Identität und unsere Geschichte mitprägen.

6. Wir wollen Gemeinden der kurzen Wege

Wir wollen kurze Wege beim Verkehr. Wir setzen auf den Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV), Taktfahrplan für Busse und Bahnen sowie attraktive Angebote zu vernünftigen Preisen. Unser Ziel ist eine kluge Vernetzung von Individualverkehr und ÖPNV. Deshalb treten wir ein für Park+Ride-Plätze am Rande von Ballungszentren, für Bike+Ride-Plätze an Bahnhöfen und wichtigen Haltestellen.

Wir wollen mehr Fahrradwege bauen, um diese umweltfreundliche und gesunde Art der Fortbewegung bewußt zu fördern.

Wir setzen und auch künftig für den Bau neuer Straßen ein. Der Autoverkehr muß sinnvoll geleitet werden und auf Durchgangsstraßen auch fließen dürfen, um unnötige Staus und Behinderungen zu vermeiden.

Wir bejahen Tempo 30 in Wohngebieten und an besonderen Gefahrenstellen wie im Bereich von Kindergärten, Schulen und Altenheimen. In solchen Gebieten werden verkehrsberuhigte Zonen auch akzeptiert. Ein flächendeckendes Tempo 30 lehnen wir dagegen ab.

Wir befürworten strikte Geschwindigkeitskontrollen an Gefahrenstellen und in verkehrsberuhigten Zonen. Geschwindigkeitskontrollen, die lediglich zum Füllen der leeren Stadtkasse dienen, lehnen wir ab.

Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege auch im Hinblick auf die Kontaktmöglichkeiten der Bürger zur Stadtverwaltung. Wir treten ein für bürgerfreundliche Öffnungszeiten, d.h., Sprechzeiten auch abends und am Samstag aller städtischen Ämter, für eine dezentrale Verwaltung, die auch in den Stadtteilen ansprechbar ist. Wir treten ein für die Einrichtung von behindertengerechten Bürgerbüros, in denen die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte alle Behördengänge an einem Ort erledigen können und nicht verschiedene Ämter an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten aufsuchen müssen. Die Verwaltung muß sich immer mehr als bürgerfreundlicher Dienstleistungsbetrieb verstehen. Dazu gehört auch die konsequente Nutzung moderner Technologien. Eine auch technische Vernetzung der Verwaltung mit dem Bürger schafft nicht nur besseren Service, sondern eröffnet auch

neue Möglichkeiten politischer Partizipation. An die neuen Technologien müssen die Bürger jedoch behutsam herangeführt werden.

Wir setzen uns für die Entwicklung von Systemen ein, mit denen „Behördengänge“ via Internet erledigt werden können. Die Möglichkeit des elektronischen Zahlungsverkehrs in Stadt- und Gemeindeverwaltungen sollte selbstverständlich sein. Zunehmend müssen Dienstleistungen der Verwaltung auch über das Internet angeboten werden.

Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen müssen kostengünstig und effizient arbeiten. Wir sprechen uns deshalb für die rasche Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens und neuer Steuerungsmodelle in der Verwaltung aus.

7. Wir wollen eine umweltschonende und zukunftsfähige Ver- und Entsorgung in unseren Städten und Gemeinden

Zu den wichtigsten Aufgaben von Gemeinden, Städten und Kreisen gehört es, die Bürgerinnen und Bürger mit Energie und Wasser versorgen zu lassen sowie für eine lebenswerte Umwelt mit sauberen Straßen und Plätzen zu sorgen.

Wir brauchen deshalb eine vernünftige und ressourcenschonende Energiepolitik, die die Gemeinden vor Ort wesentlich verantworten sollen. Die Liberalisierung des Energiemarktes darf nicht dazu führen, daß die kommunale Selbstverantwortung für die Energieversorgung und damit auch Arbeitsplätze gefährdet werden.

Regenerative Energien gehören zu dem Energiemix, den wir anstreben. Wir unterstützen deshalb auch die landesweiten Aktionen zur Lokalen Agenda 21, die ausgehend vom UNO-Umweltgipfel in Rio im Jahr 1992 den Kommunen eine Schlüsselrolle für die Umsetzung der Maßnahmen zur Erhaltung einer lebenswerten Schöpfung zuweist.

Für die Abwasser- und Wasserversorgung haben wir in Baden-Württemberg ein fast flächendeckendes Kanalisationsnetz. Wir setzen unsere Kräfte dafür ein, Kanäle, Kläranlagen und die Regenwasserbehandlung weiterhin auszubauen und bei Bedarf zu sanieren. Wir wollen, daß alle Bürgerinnen und Bürger in ihren Häusern und Wohnungen Zugang zu einwandfreiem Wasser haben und das Abwasser umweltgerecht entsorgt wird.

Durch die Umsicht unserer Bürgerinnen und Bürger und durch technische Neuerungen in der Abfallentsorgung hat sich das Aufkommen an Haus- und Sperrmüll sowie Gewerbe- und Baustellenabfällen in den letzten 10 Jahren in unserem Land fast halbiert. Über die in Planung befindlichen Verbrennungsanlagen hinaus, können wir in den nächsten 10 Jahren auf den Bau weiterer thermischer Behandlungsanlagen und Deponien verzichten. Kreisübergreifende Abfallkonzepte und in Ausnahmen grenznahe Kooperationen finden unsere Unterstützung, wir wenden uns aber gegen einen Mülltourismus in andere Bundesländer.

8. Wir setzen uns für soziale Partnerschaft im Alltag ein und pflegen gute Nachbarschaft

Städte und Gemeinden sind wichtige Träger sozialer Angebote und Leistungen. Bedürftige müssen die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Das ist ein Gebot der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit.

Die gesundheitliche Versorgung in den Kommunen Baden-Württembergs ist insgesamt vorbildlich, sowohl im ambulanten wie im stationären Bereich. Wir sind das Kur- und Bäderland Nummer eins in Deutschland. Die CDU tritt dafür ein, ambulante und stationäre Angebote für die gesundheitliche Versorgung der Menschen enger zu verzahnen. Wir wollen, die Möglichkeiten nutzen, das Bewußtsein der Bürger für ein gesundes Leben zu stärken, besonders auch im Bereich der Suchtprävention.

Bei der Bekämpfung der Drogen setzen wir weiterhin auf Prävention, therapeutische Angebote und die Bekämpfung des Drogenhandels. Fixerstuben nach Schweizer Modell lehnen wir ab.

Wir wollen keine falschen Signale setzen. Kein Drogenabhängiger kommt aus seiner Sucht heraus, wenn der Konsum gesellschaftlich gebilligt wird. Wir setzen auf Kontakt- und Hilfeangebote für Drogenabhängige, um ihnen Wege aus der Krankheit zu zeigen und die Folgen der Krankheiten zu mildern. Unter diesen Voraussetzungen sind wir ausnahmsweise bereit, Heroin an Schwerstkranke in stationären Einrichtungen abzugeben.

Behinderte sind auf die besondere Aufmerksamkeit der Gemeinschaft angewiesen. Deshalb unterstützen wir lebenserleichternde Maßnahmen zugunsten Behinderter. Die Frühförderung behinderter Kinder und familienentlastende Dienste steht dabei im Vordergrund. Städte und Gemeinden stehen in einer besonderen Verantwortung, Rollstuhlfahrern, Gehbehinderten und Blinden Mobilität zu ermöglichen.

Die CDU unterstützt die Arbeit der zahlreichen Sozialstationen in den baden-württembergischen Städten und Gemeinden. Sie tragen viel dazu bei, Menschen in schwierigen Lebenssituationen den Alltag zu erleichtern. Dies gilt auch für die vielen Pflegeeinrichtungen im Land. Sie müssen von unnötiger Bürokratie entlastet werden.

Eine wichtige Aufgabe ist die Anerkennung der Lebensbedürfnisse älterer Mitbürger und ihre Einbeziehung in das aktive Gemeindeleben. Viele Vereine tragen dazu in herausragender Weise bei. Die CDU will Selbständigkeit und Familienbindung im Alter durch ambulante Pflegeeinrichtungen sowie bedarfsgerechte betreute Seniorenwohnungen unterstützen und möglich machen.

Als Träger der Sozialhilfe haben die Städte und Kreise eine der wichtigsten Aufgaben der sozialen Sicherung übernommen. Die CDU befürwortet eine Pauschalierung von Sozialhilfeleistungen, um den bürokratischen Aufwand bei der Gewährung von Hilfen zu verringern. Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sollen verstärkt zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Bei Ablehnung dieser Tätigkeiten ist die Sozialhilfe zu kürzen. Wir unterstützen Modellprojekte, mit denen Sozialhilfeempfängern auf der Grundlage des „Kombi-Lohns“ durch Annahme gemeinnütziger Tätigkeiten die Rückkehr in das Berufsleben ermöglicht werden soll. Sozialhilfemißbrauch muß weiter bekämpft werden. Wir befürworten den Einsatz von Sozialermittlern. Wer Leistungen von der Gesellschaft in Anspruch nimmt, muss darüber auch Rechenschaft abgeben. Wir brauchen einen besseren Datenabgleich der Leistungen und eine effektivere Kontrolle. Die Leistungen sollen den wirklich Bedürftigen und nicht Trittbrettfahrern zugute kommen.

Unsere Städte und Gemeinden sind lebenswert. Das liegt vor allem daran, daß die nachbarschaftlichen Netzwerke bei uns noch weitgehend intakt sind. Wir wollen, daß diese Netze weiter gestärkt werden.

Wo Nachbarschaft lebendig ist, sind weniger Menschen einsam. Gerade ältere und allein-

stehende Menschen erleben in ihrer unmittelbaren Umgebung ein Stück Geborgenheit. Angesichts kleiner werdender Familien gewinnen Nachbarschaft und Wohnviertel auch als sozialer Erfahrungsraum für Kinder und Jugendliche an Bedeutung.

Für uns bedeutet Nachbarschaft, daß wir ein gutes Zusammenleben mit allen Menschen an unserem Wohnort anstreben. Wir treten deshalb für eine wirkliche Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Integration läßt sich durch die Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft nicht staatlich verordnen, deshalb lehnen wir sie ab. Integration ist ein ständiger Prozeß. Sie muß sich im praktischen Miteinander des Alltags erweisen. Toleranz für die Lebensart des anderen ist dabei ebenso unverzichtbar wie das Bemühen, sich einzufügen. Ein gutes Miteinander ist nur möglich, wenn die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bereit sind, die deutsche Sprache zu erlernen und sich in das vielfältige gemeindliche Leben einzubringen.

In gleicher Weise wollen wir die Integration der Aussiedler fördern. Sie sollen sich möglichst bald in unseren Städten und Gemeinden heimisch fühlen.

Nachbarschaft setzt Verständnis und Verständigung voraus. Dies gilt im kleinräumigen Bereich des Wohnviertels und der Kommune ebenso wie auf internationaler Ebene. Städtepartnerschaften sind ein wichtiges Element der Verständigung zwischen verschiedenen Staaten und Kulturen. Vor allem auf europäischer Ebene bilden sie seit vielen Jahren ein bewährtes Netzwerk. Durch gegenseitige Besuche und Austauschprogramme werden das europäische „Wir-Gefühl“ und das Bewußtsein einer guten Nachbarschaft für die Bürgerinnen und Bürger konkret erfahrbar. Wir wollen auch in Zukunft auf diese Weise unseren Beitrag zum Zusammenwachsen Europas und der internationalen Staatengemeinschaft leisten.

9. Wir machen mit. Wir wollen eine lebendige Bürgergesellschaft

In Baden-Württemberg werden Engagement und Gemeinsinn traditionell groß geschrieben. Fast jeder zweite unserer Bürgerinnen und Bürger sind in Vereinen und Verbänden, Kirchengemeinden, Bürgerinitiativen, in sozialen und ökologischen Projekten oder zahlreichen anderen Organisationen aktiv. Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Dies zeigt sich vor allem auf der lokalen Ebene: Viele kulturelle Aktivitäten und soziale Dienste wären ohne den freiwilligen Einsatz unserer Bürgerinnen und Bürger nicht möglich. Ohne dieses Engagement wären unsere Städte und Gemeinden weniger lebenswert.

Zugleich ist das freiwillige Engagement auch Ausdruck unseres Politikverständnisses und unseres Menschenbildes. Im Mittelpunkt stehen für uns nicht der Staat, sondern die Bürger und die freien Kräfte der Gesellschaft. Ziel unserer Politik ist es, diese Kräfte zu stärken und zur Entfaltung zu bringen.

Wir wollen eine lebendige und aktive Bürgergesellschaft. Dazu gehört ein lebendiges Vereinsleben, die Pflege des Brauchtums; dazu gehören aber auch die zahlreichen neuen Projekte und Initiativen, die vor allem junge Menschen ansprechen. Gerade unsere Feuerwehren, Rettungs- und Hilfsdienste sind Einrichtungen, in der persönliches Engagement in hervorragender Weise in den Dienst der Gemeinschaft gestellt werden.

Wir wollen die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wohnort stärken. Ob eine Stadt oder eine Gemeinde ein lebenswertes Umfeld bietet, liegt ganz maßgeblich

auch in der Verantwortung jedes einzelnen. Das Bewußtsein dafür ist bei vielen Menschen vorhanden und muß weiter gestärkt werden.

Wir wollen in unseren Städten und Gemeinden die Eigeninitiative fördern. Wir regen an, auf diesem Gebiet neue Wege zu gehen.

Wir begrüßen es, wenn sich bereits Jugendliche engagieren und bei kommunalpolitischen Entscheidungen mitreden wollen. Wir sind deshalb für die Schaffung von Jugendgemeinderäten, wenn dies vor Ort gewünscht wird.

Ein weiteres Element einer aktiven Bürgergesellschaft sind die Stiftungen. Baden-Württemberg ist ein Land mit einer reichen Stiftertradition. Wir wollen an diese Tradition anknüpfen und Stiftungswesen und Mäzenatentum weiter fördern.

Wir trauen den Menschen etwas zu. Wir wollen keine Bevormundung, sondern Selbstgestaltung und Eigenverantwortung. Wir stehen für eine Politik, die nicht nur fragt, was die Gemeinschaft für den einzelnen tun kann, sondern auch, wo der einzelne sich für die Gemeinschaft einbringen kann.

10. Unsere Stadt soll ein ganzheitlicher Lebensraum sein, der Wirtschaft, Arbeit, Wohnen und Freizeit umfaßt.

Wir Menschen brauchen eine Heimat, die uns Geborgenheit vermittelt, in der wir uns orientieren können. Virtuell können wir heute überall auf dem Globus sein, reell und tatsächlich zuhause sind wir in unserer Heimatstadt oder Heimatgemeinde. Sie muß für uns wieder mehr ganzheitlicher Lebensraum sein, der Wirtschaft, Arbeit, Wohnen und Freizeit, kurz: eben unser ganzes Leben, umfaßt.

Erst in Ihrem Zusammenspiel und erst durch ein gesundes Gleichgewicht machen alle diese Aspekte unsere Lebensqualität und die Qualität unseres Miteinanders aus. Deshalb dürfen Wirtschaft und Wohnen, Arbeit und Freizeit nicht gegeneinander ausgespielt werden. Schlafstädte bedingen Pendlerströme; Gewerbewüsten und noch mehr Märkte und Zentren auf der „Grünen Wiese“ machen die unbelebten Innenstädte anfälliger für soziale Probleme und Kriminalität.“

Heute haben wir die Chance, Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert zum Wohl des Menschen neu zu entdecken und kaum vermeidbare, aber nachteilige Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zu korrigieren. Wir wollen die räumliche Trennung der Bereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit überwinden. Das Aufblühen des Dienstleistungssektors, neue Techniken und vor allem wesentlich umweltverträglicher arbeitende Industriebetriebe ermöglichen es jetzt, in Städten und Gemeinden Gebiete zu schaffen, in denen Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung zugleich möglich ist. Wir wollen diese Entwicklung fördern und unterstützen.

Wir wollen eine neue Qualität urbanen Lebens. Wir wollen eine konsequente Umorientierung städtebaulicher Entwicklung. Wir wollen agieren, nicht reagieren.

Moderne Stadtentwicklungsplanung ist ein wichtiger Beitrag, die Städte mit neuem Leben zu erfüllen, ihren besonderen Charakter zu unterstreichen und ihnen so ihre Attraktivität zurückzugeben. Innenstädte müssen weiterhin lebenswert und anziehend sein. Wir wollen ganzheitliche Lebensräume, in denen der Mensch leben und wohnen, Arbeiten und Freizeit integrieren und damit auch seine soziale Einbindung finden kann.